

Fraktion **direkt**

14 | 11. April 2014

Zur Lage

Der eingeschlagene Weg in Europa ist richtig Alle Länder müssen sich an die Haushaltsvorgaben halten

Die CDU hatte in Berlin einen guten CDU-Europaparteitag. Der Kurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel, der auch von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion voll mitgetragen wird, ist von den Delegierten mit großer Mehrheit bestätigt worden. Der neue Generalsekretär Peter Tauber und der CDU-Spitzenkandidat für die Europawahl, David McAllister, wurden mit sehr guten Ergebnissen gewählt.

Am 25. Mai können die Bürgerinnen und Bürger zwischen verschiedenen Konzepten wählen. Wie bei der Bundestagswahl zielt das Angebot der Parteien links von der Union auf eine Vergemeinschaftung der Schulden und Lasten in Europa ab. Das ist der falsche Weg. Wir sind gegen Eurobonds und Schuldentilgungsfonds. Wie auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die Union, dass Hilfen nur bei konkreten Anstrengungen der Länder gewährt werden, die in Schwierigkeiten sind.

„Der Kurs der Bundeskanzlerin zeigt Erfolge“

Dieser Kurs, den die Kanzlerin seit Beginn der Euro-Krise gegen schwerste Widerstände in Deutschland und Europa durchgesetzt hat, zeigt mittlerweile Erfolge. Irland und Portugal haben ihre Haushaltsdefizite zurückgeführt. Irland konnte den Rettungsschirm verlassen, Spanien ebenso. Auch Griechenland kehrt an die Kapitalmärkte zurück. Die Euro-Schuldenkrise ist nicht überwunden. Aber wir sind vorangekommen – dank der richtigen Politik.

Sorgen macht mir die Entwicklung in Frankreich. Es ist gut, dass nun auch Frankreich seine Sparanstrengungen erhöhen will. Es bleibt aber dabei: In Europa müssen der Fiskalpakt und die Kriterien von Maastricht gelten. Das betrifft alle Länder – große wie kleine. Wir sind auch deshalb in Europa in Schwierigkeiten geraten, weil von den Verantwortlichen immer wieder Regeln nicht eingehalten wurden.



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Alt-Kanzler Gerhard Schröder war einer davon. Er hat damals die Maastricht-Regeln über Bord geworfen.

Europa ist aber mehr als nur Euro und Cent. Europa ist eine Wertegemeinschaft. Deshalb ist es auch richtig, wenn sich die Union gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei ausspricht. Die Regierung Erdogan missachtet immer wieder die Menschenrechte. Sie gewährleistet insbesondere nicht die Religionsfreiheit. Neue Verhandlungskapitel in den Beitrittsverhandlungen mit Ankara dürfen nur dann eröffnet werden, wenn die Türkei bereit ist, über Menschenrechte und die Religionsfreiheit zu sprechen. Das ist das Mindeste, was ein Europa, das sich durch seine gemeinsamen Werte definiert, von der Türkei erwarten kann.

Volker Kauder

Inhalt

| | |
|--|---|
| Der eingeschlagene Weg in Europa ist richtig | 1 |
| Ökostrom-Einigung mit Brüssel | 2 |
| Haushalt ohne neue Schulden in greifbarer Nähe | 3 |
| Die schwarze Null | 4 |
| „Frühverrentungen verhindern“ | 5 |
| Karl Schiewerling über die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren | 5 |
| „Licht ins Dunkelfeld Prostitution bringen“ | 6 |
| Deutschland sichert Chemiewaffen-Vernichtung militärisch ab | 7 |
| Kommission zur Atommüll-Lagerung steht | 7 |
| Europa ist mehr als Euro und Cent | 8 |
| Mehr Asylbewerber in der EU | 9 |
| Exportwirtschaft nicht von Russland abhängig | 9 |

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vi.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Ökostrom-Einigung mit Brüssel 800.000 Arbeitsplätze gesichert



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Das Bundeskabinett hat am Dienstag die grundlegende Reform der Ökostrom-Förderung beschlossen. Während sich Bund und Länder bei einem vermittelnden Treffen Anfang April mit Bundeskanzlerin Angela Merkel auf eine gemeinsame Linie bei der Ausgestaltung der Energiewende geeinigt hatten, war bis zur Einbringung des Gesetzentwurfs durch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ins Kabinett nicht geklärt, ob der monatelang anhaltende Streit mit der EU-Kommission um die Strompreiserabatte für die heimische Industrie beigelegt werden könne. Die entscheidende Frage war, ob international tätige, energieintensive Unternehmen in Deutschland auch künftig von umfassenden Befreiungen bei den Förderkosten für erneuerbare Energien profitieren dürfen.

Die EU hatte die Ermäßigungen von jährlich über 5,1 Milliarden Euro auf die Ökostrom-Umlage für große Teile der deutschen Industrie als unerlaubte Beihilfe gewertet. Die deutsche Regierung hat erfreulicherweise – wohl vor allem auch durch das finale Eingreifen der Bundeskanzlerin – nach zähem Ringen mit EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia umfassende Zugeständnisse für die energieintensive Industrie in

Deutschland durchsetzen können. Es müssen sich nun zwar 500 energieintensive Unternehmen auf einen Wegfall der bisherigen Rabatte einstellen, aber nach wie vor kommen 1.600 deutsche Unternehmen in den Genuss der Erleichterungen. Sie müssen statt der von der EU vorgesehenen 20 Prozent nur 15 Prozent der Ökostromumlage tragen, also weniger als einen Cent pro Kilowattstunde.

Die Energiewende ist für die Union ein wichtiges Ziel, allerdings darf sie keine Arbeitsplätze zerstören. Immerhin wären gut 800.000 Jobs in Gefahr gewesen, hätte sich EU-Kommissar Almunia mit seinen Vorstellungen durchgesetzt. Wir können nun aber weiterhin Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und hohe Energiekosten haben, besondere Ausgleichsregelungen geben. Damit wird der Industriestandort Deutschland attraktiv gehalten. Und auch wenn es von verschiedenen Seiten immer wieder Kritik gab, dass die Industrie Sonderkonditionen bekommt: Wenn Menschen ihre Jobs verlieren, weil die Unternehmen abwandern, haben auch die Bürgerinnen und Bürger nichts gewonnen.

Einen großen Verhandlungsbeitrag in Brüssel hat auch Energiekommissar Günther Oettinger geleistet. Wir können in der EU nicht einerseits die Industriequote, also den Anteil produzierenden Gewerbes, anheben, andererseits aber einen Industriestandort wie Deutschland durch strenge Richtlinien zerstören wollen. Bei uns liegt die Industriequote derzeit bei 22 Prozent, Tendenz steigend. Ökonomisch gewünscht sind 20 Prozent. Das ist der richtige Weg. Die Union steht für den Erhalt der Industriegesellschaft in Deutschland. Nur müssen wir auch europaweit zukunftsfähige Arbeitsplätze und den Klimaschutz zusammenbringen.

Haushalt ohne neue Schulden in greifbarer Nähe

Bundestag debattiert über den Haushalt 2014 – Generalaussprache zur Politik der Bundesregierung



Foto: Tobias Koch

Bundeskanzlerin Merkel während der Generaldebatte

Der Bundestag hat am Mittwoch in einer Generalaussprache über die Politik der Bundesregierung debattiert. Bundeskanzlerin Angela Merkel dankte Finanzminister Wolfgang Schäuble und den Haushaltspolitikern für ihre Standhaftigkeit: Ein Haushalt ohne neue Schulden sei in greifbarer Nähe, unterstrich die Kanzlerin bei der Debatte über den Haushalt 2014 und die Finanzplanung der kommenden Jahre.

„2014 werden wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt haben, 2015 haben wir die Möglichkeit, keine neuen Schulden zu machen“, sagte die Bundeskanzlerin. Das sei zuallererst auch der Verdienst derjenigen, die den Wohlstand in Deutschland erarbeiteten, der Unternehmer und der Arbeitnehmer.

Keine Steuererhöhungen

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder erneuerte das Versprechen der Union, dass es in dieser Wahlperiode keine Steuererhöhungen geben werde. „Keine Steuererhöhungen – weder bei der Einkommensteuer noch bei der Vermögenssteuer noch bei der Erbschaftssteuer“, sagte Kauder. Dies würde andernfalls die familiengeführten Unternehmen belasten, die für die gute wirtschaftliche Lage und

die Arbeitsplätze in Deutschland wichtig seien. In der Diskussion über den Abbau der kalten Progression stellte Volker Kauder in Richtung Koalitionspartner klar: Die SPD habe seit langem eine Korrektur bei der Einkommenssteuer verhindert. Ideen, den Abbau der kalten Progression mit Steuererhöhungen an anderer Stelle zu finanzieren, erteilte Kauder somit eine Absage: „Wer das will, muss seine Pläne gleich begraben.“ Außerdem lehnte er eine Veränderung der Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund und Ländern für diesen Fall ebenfalls ab. Der Bund werde nicht etwaige Einnahmeausfälle von Ländern und Kommunen ausgleichen.

Industrie wichtig für Wohlstand im Land

Die Exportnation Deutschland könne nicht allein durch die Steigerung der Binnennachfrage eine gute wirtschaftliche Zukunft haben. „Wir brauchen Märkte“, sagte Kauder. Der europäische Markt sei das Rückgrat für unsere Wirtschaft, um nicht einseitig von anderen abhängig zu werden. Der industrielle Sektor sei nach wie vor essentiell für den Wohlstand in unserem Land. „Überall in Europa können wir es beobachten. Dort, wo der in-

dustrielle Sektor nicht stimmt, geht es den Menschen nicht so gut wie in Deutschland“ sagte Kauder.

Der Fraktionsvorsitzende bezeichnete das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten als notwendig. Er plädierte für eine offensive Diskussion über das Abkommen innerhalb der Koalition.

Lob für die Zusammenarbeit in der großen Koalition

Kauder sparte nicht mit Lob für seinen Kollegen von der SPD. Gemeinsam mit Thomas Oppermann wolle er die große Koalition wieder zu einem „außerordentlichen Erfolg führen“, wie die letzte große Koalition in den Jahren 2005 bis 2009.

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt wies auf die „Aufholarbeit vergangener Jahrzehnte“ hin, die vor der Koalition im Bereich Infrastruktur liege. Etwa fünf Milliarden Euro zusätzlich seien in dieser Wahlperiode für die Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Der ländliche Raum dürfe beim Breitbandausbau nicht abgehängt werden. Die Menschen und Betriebe dort seien genauso auf schnelles Internet angewiesen wie die in den Ballungsräumen, sagte die CSU-Politikerin.

Die schwarze Null

Fragen und Antworten zum Bundeshaushalt 2014 und zum Finanzplan bis 2018

Im Jahr 2015 plant die unionsgeführte Bundesregierung zum ersten Mal seit 1969 einen Bundeshaushalt komplett ohne Neuverschuldung. Bereits 2014 wird der Bundeshaushalt strukturell ausgeglichen sein. „Fraktion direkt“ beantwortet die wichtigsten Fragen und Antworten zur Haushaltskonsolidierung.

Was hat die Union mit ihrer Haushaltskonsolidierung bisher erreicht?

Mit dem vorliegenden Entwurf des Haushalts 2014 und den Eckwerten für die Jahre 2015 bis 2018 leistet der Bund einen entscheidenden Beitrag zur dauerhaften Einhaltung der europäischen Stabilitätskriterien. Noch vor zehn Jahren musste sich Deutschland als „kranker Mann“ Europas mit Defiziten von weit über der Obergrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einem Defizitverfahren der EU-Kommission stellen. Inzwischen ist Deutschland weit davon entfernt. Es ist das einzige Land in der Eurozone, das einen positiven Finanzierungssaldo aufweist.

Was sehen die Haushaltsplanungen für 2014 vor?

Der Haushalt für das laufende Jahr 2014 wird erstmals seit Jahrzehnten strukturell ausgeglichen sein. Das bedeutet, dass neue Schulden einzig aus dem Grund gemacht werden, um konjunkturbedingte Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen auszugleichen. Es ist noch eine Neuverschuldung von 6,4 Milliarden Euro vorgesehen, aber auch das ist nach Abzug von Sonderfaktoren, wie den Ausgaben für den Fluthilfefonds und den europäischen Rettungsschirm, die niedrigste Neuverschuldung seit 40 Jahren. Das Erreichen der „strukturellen Null“ in diesem Jahr ist eine wichtige Wegmarke auf dem Weg zur Nullverschuldung ab dem Jahr 2015.

Welche Maßnahmen werden in dieser Wahlperiode finanziert?

In den vergangenen Jahren hat sich die Union Spielräume erarbeitet, die jetzt die Finanzierung der im Koalitionsvertrag vereinbarten prioritären Maßnahmen im Umfang von 23 Milliarden Euro für die Jahre 2014 bis 2017 ermöglichen. Das kommt den Kommunen zugute: Nach der vollständigen Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beteiligt sich der Bund an der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Die große Koalition stärkt die Schulen, Hochschulen und außeruniversitären For-

2015 und des Finanzplans bis 2018 sehen durchgehend eine jährliche Nettokreditaufnahme von null vor. Der letzte schuldenfreie Bundeshaushalt wurde im Jahr 1969 erreicht, also vor fast einem halben Jahrhundert. Mit der Abkehr von der jahrzehntelangen Politik der Schuldenfinanzierung zeigen CDU und CSU, dass sie es mit der Verantwortung für künftige Generationen ernst meinen. Die Jüngeren werden weniger Verbindlichkeiten zurückzahlen müssen. Ohne neue Schulden wird der Staat auch wieder mehr Kraft für Zukunftsinvestitionen haben, weil er weniger für die Zinsen aufwenden muss.

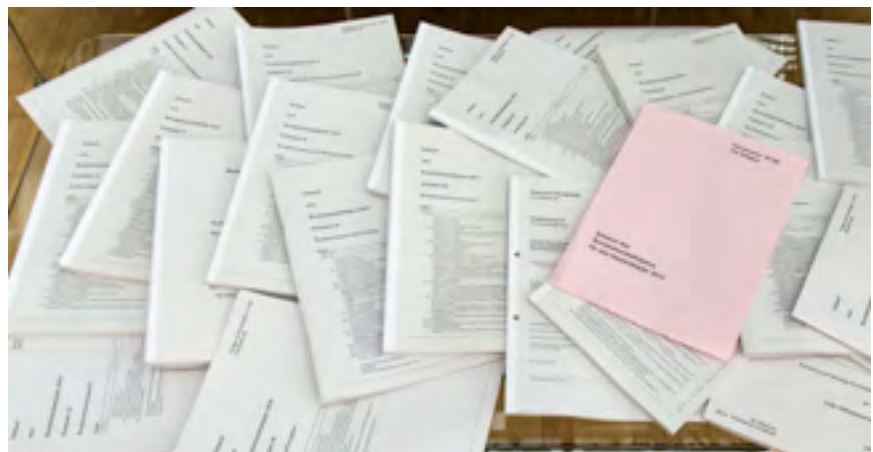


Foto: Steven Rösler

schungseinrichtungen. Deutschland kommt seinen Verpflichtungen in der Entwicklungszusammenarbeit nach. Auch die dringend notwendige Erneuerung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur wird in Angriff genommen, die Ausgaben für den Städtebau werden erhöht.

Wann wird die jahrzehntelange Politik der Schuldenfinanzierung gestoppt?

Deutschland wird ab 2015 keine neuen Schulden mehr machen. Die jetzt vom Bundeskabinett beschlossenen Eckwerte des Bundeshaushalts

Wie sieht es mit dem Abbau der Altschulden aus?

Da der Bund auf die Aufnahme neuer Schulden konsequent verzichtet, schrumpfen die alten Schulden bezogen auf die Wirtschaftskraft erkennbar. Schon zwischen Ende 2012 und Ende 2013 sind sie von 81 Prozent des BIP auf voraussichtlich rund 78,5 Prozent des BIP gesunken, und das soll nur ein Anfang auf dem Weg zurück zur Maastricht-Grenze von 60 Prozent des BIP sein. Bereits 2018 soll ein Schuldenstand von nur noch 65 Prozent des BIP erreicht sein.

„Frühverrentungen verhindern“

Karl Schiewerling über die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren



Foto: Teamfoto Marquardt

Karl Schiewerling

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Als erstes großes Vorhaben hat die Bundesregierung das Rentenpaket auf den Weg gebracht. Derzeit laufen die parlamentarischen Beratungen. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag will vor allem Änderungen bei der Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren durchsetzen. „Fraktion direkt“ sprach dazu mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Karl Schiewerling.

Herr Schiewerling, die Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Fraktionen von CDU/CSU und SPD über die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren laufen schon eine ganze Weile. Wie sieht der aktuelle Stand aus?

Die Gespräche laufen. Es geht der Unionsfraktion darum, Fehlanreize zu vermeiden, die durch die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren gesetzt werden könnten. So wollen wir Frühverrentungswellen ausschließen. Es geht aber auch um die Berücksichtigung von freiwilligen Beiträgen. Selbständige haben oft freiwillig Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt. Sie dürfen nicht schlechter behandelt werden als Arbeitslose, die nicht ins System eingezahlt haben. Und schließlich reden wir über mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Die Beratungen benötigen jetzt noch eine

Weile. Ich bin zuversichtlich, dass wir insgesamt zu guten Lösungen kommen.

Bislang sieht der Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Andrea Nahles vor, Zeiten von Arbeitslosigkeit unbegrenzt bei der Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren einzubeziehen. Was will die Union daran ändern?

Mit dem Gesetzentwurf beschränkt man sich schon auf Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld I. Unser gemeinsames Anliegen ist ja, diejenigen zu belohnen, die lange gearbeitet und eingezahlt haben. Deshalb wollen wir die Zeiten der Arbeitslosigkeit bei dieser Rentenart auch auf fünf Jahre begrenzen.

Warum ist es so wichtig, Frühverrentungen zu vermeiden?

Wir wollen nicht, dass die Arbeitnehmer die Betriebe im Alter von 61 Jahren verlassen, um dann zwei Jahre Arbeitslosengeld I zu beziehen und danach mit 63 ohne Abschläge in Rente zu gehen. Das wäre ein Gestaltungsmissbrauch zu Lasten der Sozialsysteme, den wir verhindern wollen.

Wir brauchen ältere Arbeitnehmer als Fachkräfte in den Betrieben und Unternehmen. Wie kann die Politik jenen attraktive Angebote machen, die über das Renteneintrittsalter hinaus im Beruf bleiben wollen?

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Rente schon heute denjeni-

„Übergang vom Beruf in den Ruhestand noch flexibler gestalten“

Die CDU/CSU-Fraktion fordert schon länger eine Stichtagsregelung, um eine Frühverrentungswelle zu vermeiden. Wie sieht diese Regelung aus?

Arbeitslosenzeiten sollen bei der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren nur für die Vergangenheit berücksichtigt werden. Diesem Vorschlag nach sollen die Jahre der Arbeitslosigkeit nur bis zum Stichtag 1. Juli 2014 mitzählen, danach generell nicht mehr. Damit wollen wir für die Zukunft an dem heute geltenden Recht festhalten und Frühverrentung vermeiden. Es handelt sich bei der Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren ja insgesamt um eine zeitlich befristete Übergangsregelung. Die Altersgrenzen werden schrittweise wieder auf 65 Jahre angehoben. Daher sind wir der Meinung, dass wir am Ende auch bei der Arbeitslosigkeit wieder zur heutigen Rechtslage zurückkehren müssen.

gen Arbeitnehmer belohnt, der länger im Erwerbsleben verbleibt. Wer als Durchschnittsverdiener bis zur Regelaltersgrenze arbeitet, statt mit 63 in Rente zu gehen, erhält über 60 Euro monatlich mehr Rente. Das sind rund 720 Euro pro Jahr. Außerdem wird danach die Rente um 0,5 Prozent für jeden Monat erhöht, den man später in Rente geht. D.h. man bekommt sechs Prozent mehr Rente für jedes weitere Jahr, das man länger arbeitet. Aus Anlass der Rente mit 63 diskutieren wir aber jetzt darüber, den Übergang vom Beruf in die Rente noch flexibler zu gestalten. Angesichts des Fachkräftebedarfs wollen wir das Arbeiten jenseits der Regelaltersgrenze noch attraktiver gestalten – für die Unternehmen und die Arbeitnehmer. Dazu liegen einige Vorschläge vor, die wir jetzt prüfen werden.

„Licht ins Dunkelfeld Prostitution bringen“

Unionsfraktion will Zwangsprostitution und Menschenhandel schärfer bekämpfen

CDU und CSU wollen Frauen vor Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen, die Täter konsequenter bestrafen und Bordelle stärker regulieren. Dazu stellte die Unionsfraktion am Dienstag ein Eckpunktepapier vor. Bis zur Sommerpause will man sich mit dem Koalitionspartner auf die Grundzüge eines gemeinsamen Gesetzentwurfs verständigen.

Deutschland Bordell Europas

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende für Frauen und Familie, Nadine Schön, sprach von 200.000 Zwangsprostituierten, die sich nach Angaben der EU in Europa aufhielten. Deutschland sei durch das 2001 von der rot-grünen Bundesregierung liberalisierte Prostitutionsgesetz zum „Bordell Europas“ geworden. Darunter litten tausende Zwangsprostituierte, vornehmlich aus Osteuropa. „Wir wollen Licht ins Dunkelfeld der Prostitution bringen“, sagte Schön.

„Es ist einfacher, ein Bordell zu eröffnen als eine Pommestube“

Die Unionsfraktion will Zwangsprostituierte besser schützen. Das Maßnahmenpaket sieht eine Mindestaltersgrenze von 21 Jahren vor, eine Anmeldepflicht, regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen und mehr Sozial- und Beratungsangebote. Wenn Opfer aus Drittländern am Strafverfahren gegen Menschenhändler mitwirken, sollen sie ein verbessertes Aufenthaltsrecht erhalten. Zudem sollen menschenunwürdige Praktiken wie Flatrate-Angebote verboten werden.

Die Unionsfraktion will eine behördliche Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten einführen. „Denn derzeit ist es einfacher, ein Bordell zu eröffnen als eine Pommestube“, kritisierte Schön. Dabei soll die Polizei umfassende Kontrollrechte erhal-



Foto: Steven Rösler

Strobl, Schön und Uhl beim Pressegespräch zu den Eckpunkten gegen Zwangsprostitution

ten und ein Bordell auch ohne Verdacht betreten dürfen. Die Altersgrenze von 21 Jahren soll nach den Worten von Schön Heranwachsende vor unbedachtem Handeln schützen. Von den verpflichtenden Gesundheitsuntersuchungen beim Amtsarzt erhofft sich die Fraktion, dass dies für Opfer einen Vertrauensraum für offene Gespräche schafft sowie die Möglichkeit zu Beratung und Hilfe.

Verbessertes Aufenthaltsrecht für Zwangsprostituierte

Nach den Angaben des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden für Innen und Recht, Thomas Strobl, soll die Verurteilung von Menschenhändlern künftig nicht mehr ausschließlich von der Aussage der Opfer abhängen. Derzeit scheiterten Verurteilungen oft an zu hohen Anforderungen des Strafrechts. Es sei deshalb ein „stumpfes Schwert“. Künftig soll die Anordnung einer Telekommunikationsüberwachung auch beim Verdacht der Zuhälterei möglich sein.

Die Situation ausländischer Zwangsprostituierte will die Union durch

ein verbessertes Aufenthaltsrecht erleichtern, wenn sie am Strafverfahren mitwirken. Bislang melden sie sich oft nicht bei der Polizei, weil sie ihre Abschiebung fürchten. „Diesen Frauen müssen wir vor ihrer Aussage eine Perspektive geben“, sagte Strobl.

Abschreckende Strafen für Freier

Zudem soll es deutlich höhere Strafen für Freier geben, die Zwangsprostituierte ausnutzen. Diese müssten nach Angaben von Strobl „abschreckende Wirkung“ haben. Ein Freier solle sich künftig nicht herausreden können, wenn eine Zwangsprostituierte offensichtliche Spuren von Misshandlungen aufweise. „Wenn er dennoch Sex mit ihr hat, macht er sich künftig strafbar“, sagte der CDU-Politiker.

Der Justiziar und ehemalige innenpolitische Sprecher der Fraktion, Hans-Peter Uhl, unterstrich die geplante Abschaffung des eingeschränkten Weisungsrechts. „Prostituierte müssen über Art und Umfang ihrer Sexualkontakte selbst entscheiden können. Dies gilt auch dann, wenn sie sich in einem Angestelltenverhältnis befinden“, sagte Uhl. Ein Weisungsrecht des Mannes gegenüber der Frau sei ein „krasser Verstoß gegen unsere Werteordnung“.

Deutschland sichert Chemiewaffen-Vernichtung militärisch ab Bundestag stimmt auch für Zentralafrika-Mandat

Die Bundeswehr steht vor einem neuen Einsatz im Mittelmeer. Der Bundestag hat am Mittwoch mit breiter Mehrheit für die Beteiligung der Bundeswehr an der Absicherung der Zerstörung syrischer Chemiewaffen gestimmt. Die syrischen Chemiewaffen sollen an Bord des US-Spezialschiffs Cape Ray im Mittelmeer durch das sogenannte Hydrolyseverfahren unbrauchbar gemacht werden. Dabei werden chemische Verbindungen mithilfe von Wasser gespalten. Spezielle Luftfilter verhindern, dass Giftgas nach außen gelangt.

An der militärischen Absicherung dieser Mission soll sich Deutschland mit einer Fregatte und maximal 300 Soldaten beteiligen. Die Hydrolyse selbst wird circa 90 Tage dauern, das

Mandat soll aber, um Verzögerungen einzuberechnen, bis spätestens zum 31. Dezember 2014 laufen. Es sieht einen maritimen Begleitschutz für das Hydrolyseschiff während der Zerstörung der Chemiewaffen und auf ihren Transitfahrten im Mittelmeer und bei Bedarf im Nordatlantik vor. Ursprünglich war ein Begleitschutz durch russische Kräfte angedacht. Vor dem Hintergrund der Krim-Krise wurden diese Planungen aber suspendiert.

Gewalt in Zentralafrika verhindern

Französische und afrikanische Truppen bemühen sich seit Monaten, Gewalt zwischen christlichen und islamischen Milizen in der Zentralafrika-

nischen Republik zu verhindern. Ein neues EU-Mandat mit dem Namen EUFOR RCA soll die französischen und afrikanischen Truppen unterstützen. Der Bundestag stimmte am Donnerstag der Entsendung von deutschen Soldaten zu, die als Stabspersonal ins EU-Hauptquartier nach Larissa in Griechenland geschickt werden. Darüber hinaus stellt Deutschland medizinische Transportflüge bereit (StratAirMedEvac) und strategischen Lufttransport. Deutschland bietet mit dem Lufttransport eine Schlüsselfähigkeit an, ohne die die EU-Mission zu scheitern droht. Einen Kampfeinsatz in Zentralafrika hat die Bundesregierung ausgeschlossen.

Kommission zur Atommüll-Lagerung steht Bundestag beschließt Einsetzung der Kommission

Die Frage nach der möglichst sicheren Lagerung hoch radioaktiver Abfälle hat Deutschland jahrzehntelang bewegt. 2013 ist es mit dem Standortauswahlgesetz gelungen, parteiübergreifend die Basis für die Suche nach einem Atommüll-Endlager zu schaffen. Die Suche nach einem geeigneten Standort wird jetzt erstmals in einem breiten gesellschaftlichen Konsens angegangen.

Das Gesetz sieht vor, dass vor dem Start des eigentlichen Standortauswahlverfahrens eine unabhängige Kommission eingerichtet wird. Die 33-köpfige Kommission, an der neben Mitgliedern aus Bundestag und Bundesrat auch Wissenschaftler, Vertreter aus Umweltverbänden, Religionsgemeinschaften, Wirtschaft und Gewerkschaften mitwirken, wurde vom Bundestag am Donnerstag eingesetzt. Die Kommission wird am Ende ihrer circa zweijährigen Arbeit einen Bericht vorlegen, in dem sie die für



picture alliance-dpa

das Standortauswahlverfahren relevanten Grundsatzfragen der Entsorgung hoch radioaktiver Abfallstoffe untersucht und bewertet und Handlungsempfehlungen für Bundestag und Bundesrat erarbeitet.

Neben der CDU-Politikerin Ursula Heinen-Esser soll der frühere Umweltstaatssekretär Michael Müller

(SPD) die Kommission leiten. Bedauerlich ist, dass die Umweltverbände bislang noch keine Vertreter in die Kommission entsandt haben. Es bleibt zu hoffen, dass die Verbände die Chancen der Arbeit in der Kommission erkennen, Verantwortung übernehmen und zwei Mitglieder benennen.

Europa ist mehr als Euro und Cent

Union zieht geschlossen in Europawahlkampf



Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder auf dem CDU-Parteitag

Gute Stimmung und klares programmatisches Profil – Die CDU zieht geschlossen und selbstbewusst in den Europawahlkampf. Auf dem CDU-Parteitag am vergangenen Samstag in Berlin rief Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende Angela Merkel dazu auf, Europa in den nächsten Jahren konsequent weiterzuentwickeln. Auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzte Akzente. Fraktionschef Volker Kauder plädierte dafür, den Wert Europas noch mehr zu schätzen.

Türkei bekennt sich nicht zu europäischen Werten

Kauder warf der amtierenden Regierung in der Türkei vor, sich nicht zu den europäischen Werten zu bekennen. Ankara weigere sich, in den Beitrittsverhandlungen über die Menschenrechte zu sprechen. Dies zeige, dass die Türkei „meilenweit“ von Europa entfernt sei. Man solle die Beitrittsverhandlungen nicht „ernsthaft“ weiterführen und neue Verhandlungskapitel eröffnen, solange die Türkei nicht bereit sei, das Kapitel Menschenrechte und Religionsfreiheit aufzumachen.

Europa wird für seine Werte kämpfen

In ihrer Rede plädierte Merkel dafür, Europa „weiter auszubauen“. Europa

müsse ein moderner Kontinent bleiben. Schlüssel sei dafür, dass Europa weiter in der Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibe. Das gelte insbesondere für den Maschinenbau, die chemische Industrie und auch die IT-Branche. Es gelte Probleme an der Wurzel zu packen. Wachstum würde aber nicht durch immer mehr staatliche Ausgabenprogramme erreicht. Wachstum würde durch die Unternehmen und ihre Belegschaften erwirtschaftet.

„Die Türkei ist meilenweit von Europa entfernt“

Die Kanzlerin, die am Ende ihrer Rede von den Delegierten gefeiert wurde, ging auch auf die Krise um die Ukraine und die Krim ein. Erneut kritisierte sie Russland. Das Recht des Stärkeren könne nicht gelten. „Das sind die Momente, wo wir gefragt werden, wo wir stehen.“ Die Europäer hätten in den vergangenen Wochen die richtige Antwort geben.

Die EU sei geschlossen geblieben. Niemand solle sich täuschen, dass dies auch in Zukunft der Fall sein werde, sollte Russland weitere Schritte unternehmen, die die territoriale In-

tegrität der Ukraine missachteten. Gemeinsam werde die EU dann eine Entscheidung über weitere Sanktionen treffen. Die Gespräche mit Russland würden fortgesetzt. „Europa muss ein Kontinent sein, der zeigt: Man kann erfolgreich sein, wenn man auf Frieden, Freiheit und Wohlstand setzt“, sagte die Kanzlerin.

Riegel gegen Frühverrentung

Kauder ging in seiner Rede auch auf die Diskussion über die Rente nach 45 Beitragsjahren und den Gesetzentwurf zum Mindestlohn ein. Wie bei allen anderen Vorhaben werde die Fraktion sich auch hier fragen, ob die Regelungen dazu dienen könnten, dass es den Bürgern insgesamt zum Ende der Legislaturperiode besser geht als zu Beginn. Die Rente nach 45 Beitragsjahren dürfe nicht zu einer Frühverrentungswelle führen. Das würde „absolut in die Irre führen“. Beim Mindestlohn werde die Unionsfraktion darauf achten, „dass er nicht zum Arbeitsplatzvernichter wird“.

Ein starkes Ergebnis erhielt der neue CDU-Generalsekretär Peter Tauber, für den mehr als 97 Prozent der Delegierten stimmten. Für David McAllister als CDU-Spitzenkandidaten für die Europawahl votierten fast 98 Prozent.

Mehr Asylbewerber in der EU

Nach Deutschland kommen vor allem Serben

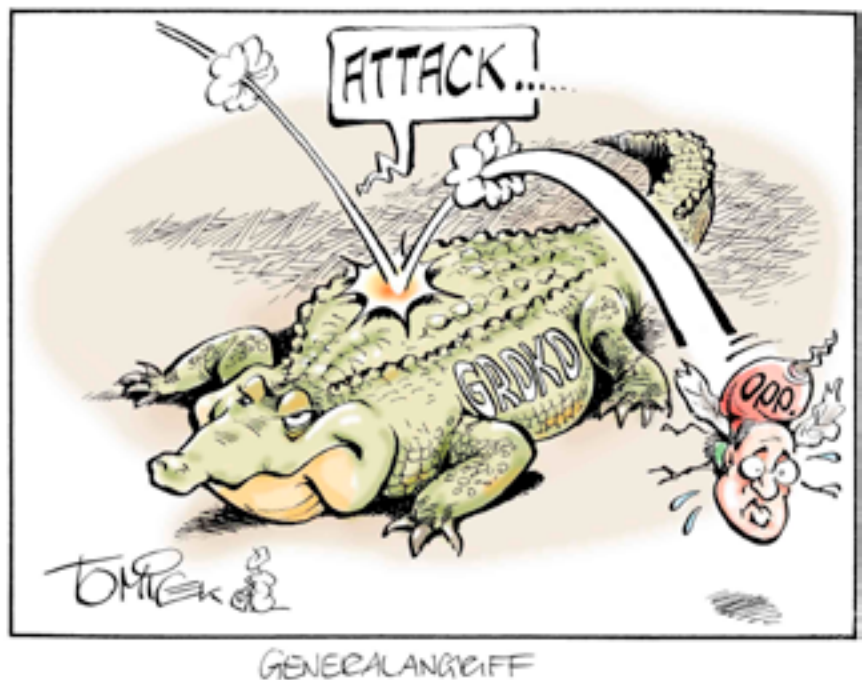
Im Jahr 2013 wurden in der EU nach Angaben der europäischen Statistikbehörde Eurostat insgesamt 435.000 Asylbewerber registriert. Das sind 100.000 und damit rund ein Drittel mehr als noch 2012.

Die höchste Anzahl an Bewerbern verzeichnete Deutschland mit 127.000 (29 Prozent), gefolgt von Frankreich (65.000 bzw. 15 Prozent) und Schweden (54.000 bzw. 13 Prozent).

Höchste Asylbewerberquote in Schweden

Auf eine Million Einwohner kommen in der EU 860 Asylbewerber. Deutschland lag mit 1.575 Bewerbern pro Million Einwohner über dem Durchschnitt. Die höchsten Quoten verzeichneten Schweden (5.700 pro Million Einwohner), Malta (5.300) und Österreich (2.100). Die meisten Asylbewerber kamen aus Syrien (50.000), Russland (41.000) und Afghanistan (26.000).

In Deutschland bildeten Asylbewerber aus Serbien die größte Gruppe (18.000), gefolgt von Russland (15.475) und Syrien (12.855). EU-weit wurde über ein Drittel (34 Prozent) der Anträge in erster Instanz positiv beschieden. In Deutschland waren es nur 15 Prozent, was vor allem darauf zurückgeht, dass Asylbewerber aus den Balkanländern fast nie die Voraussetzungen eines positiven Bescheids erfüllen.



Zzeichnung: Tomicek

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

- 28./29. April 2014 Gemeinsame Tagung der Geschäftsführenden Vorstände von CDU/CSU und SPD
- 13. Mai 2014 Parlamentarischer Abend der CDU/CSU-Fraktion beim DGB-Bundeskongress
- 24. Juni 2014 Sommerfest der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Exportwirtschaft nicht von Russland abhängig

Zwar ist Russland für Deutschland ein wichtiger Handelspartner, bezogen auf die weltweiten Geschäftsbeziehungen der deutschen Exportwirtschaft ist die Verflechtung mit Russland jedoch überschaubar. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts führen rund zehn Prozent der exportierenden Unternehmen Waren nach Russland aus. Für etwa 73 Prozent dieser Unternehmen machen die Exporte nach Russland maximal ein Viertel ihrer gesamten Exporte aus.

Die Importe aus Russland konzentrieren sich, weil es sich vor allem um Rohstoffe handelt, auf wenige Unternehmen: Nur rund ein Prozent aller importierenden Unternehmen in Deutschland beziehen Waren aus Russland. Hier ist die Abhängigkeit von den Handelsbeziehungen zu Russland allerdings hoch. Wertmäßig werden etwa 49 Prozent der Importe aus Russland von Unternehmen eingeführt, für die Einfuhren aus Russland mindestens drei Viertel ihrer gesamten Importe ausmachen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



www.youtube.com/cducusu



[twitter.com/
cducusubt](https://twitter.com/cducusubt)